

## **Planungssicherheit statt Unsicherheit: Unsere Vorschläge für eine Bezahlbare Wärmewende**

Die Bundesregierung will die Wärmewende vorantreiben und das **Gebäudeenergiegesetz (GEG)** sowie die **Förderung effizienter Gebäude (BEG)** neu aufstellen. Allerdings sorgt die aktuelle politische Kommunikation für Unsicherheit im Markt und bei Hausbesitzern. **Entscheidend für Hersteller und Hausbesitzer ist deshalb ein konkreter inhaltlicher sowie zeitlicher Fahrplan sowie eine schnelle, praxisnahe Umsetzung.** Denn nur mit Planungssicherheit gelingt eine erfolgreiche Wärmewende.

Zentral für den Erfolg der Wärmewende sind **wirtschaftliche und bezahlbare Heizlösungen**. Wir setzen uns für eine **technologieoffene** Umsetzung des neuen GEG ein – **ideologiefrei, pragmatisch und orientiert an den Bedürfnissen von Hausbesitzern**. Die Wärmepumpe zählt dabei zu **den kosteneffizientesten Lösungen**. Hausbesitzer profitieren bereits ab dem ersten Tag der Inbetriebnahme und sparen im Jahr mehrere hundert Euro. Eine Amortisation der leicht höheren Investitionskosten nach Förderung findet bereits nach wenigen Jahren statt. Langfristig wächst das Einsparpotenzial sogar noch weiter an.

Auch der Praxischeck zeigt: Wärmepumpen haben sich im Ein- und Zweifamilienhausbereich längst als bevorzugte Lösung beim Heizungstausch etabliert. **Die Wärmepumpe ist laut Absatzstatistik Deutschlands beliebteste Heizung.** Laut dem Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) stieg der Absatz von Wärmepumpen im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 55 % auf 139.500 Geräte. Gleichzeitig brach der Verkauf gasbasierter Heizungen um 41% ein.

Hinzukommt: Zahlreiche Innovationen im Bereich emissionsfreie Heiztechnologie haben die Wärmewende zu einem Konjunkturprogramm für Deutschland gemacht. **Allein die Wärmepumpe trägt aktuell mit knapp 300.000 Beschäftigten in Industrie und Handwerk zu Fortschritt, Wertschöpfung und einem starken Standort bei.** Auch das weitere Marktpotenzial ist enorm. Deshalb hat die Industrie in Europa 7 Milliarden Euro in den Hochlauf der Wärmepumpe investiert. **Allein in Deutschland gibt es 16 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser. Aber erst 2 Millionen Wärmepumpen sind hier verbaut. Deutschland liegt damit weiter hinter dem EU-Schnitt und hat enormes Wachstumspotenzial.**

Vor diesem Hintergrund möchten wir im Zuge der geplanten Neuaufstellung von GEG und BEG **konkrete Impulse für mehr Planungssicherheit** in die politische Diskussion einbringen:

- **Förderkulisse sicher und planbar aufstellen: Eine repräsentative Umfrage unter Einfamilienhausbesitzern im Auftrag von thermondo zeigt,** dass die große Mehrheit der Hausbesitzer die Wärmepumpe als Heizlösung bevorzugt - nur noch 17% würden jetzt noch eine Gasheizung einbauen. Für geplante Neubauten liegt die Einbauquote der Wärmepumpe aktuell zudem bei 85%. Die Signale des Marktes sind damit klar. Deshalb ist es wichtig, Planbarkeit bei der Förderung zu garantieren. Denn für Hausbesitzer zählt vor allem der Preis. Die Anschaffungskosten für eine Wärmepumpe sind jedoch oft noch sehr hoch. Planbare Förderbedingungen sind daher entscheidend, um Investitionen

anzukurbeln und die Wärmewende zu beschleunigen. Die Förderung ist zentral, damit sich die Wärmepumpe in der Anschaffung gegenüber fossilen Heizungen nach wenigen Jahren rechnet. Andernfalls ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass der günstigere Anschaffungspreis für fossile Heizungen Hausbesitzer in eine Kostenfalle treibt. Denn über die komplette Betriebszeit sind fossile Heizungen deutlich teurer als Wärmepumpen. Der CO<sub>2</sub>-Preis für fossiles Heizen wird spätestens ab 2030 steigen, während die Betriebskosten für die Wärmepumpe in Kombination mit smarter Steuerung, dynamischen Stromtarifen und Photovoltaik eher sinken. Als größter deutscher Wärmepumpeninstallateur arbeiten wir parallel kontinuierlich daran, die Installationsprozesse zu optimieren und die Einsparungen an die Kunden weiterzugeben. Perspektivisch kann und sollte die Förderung deshalb schrittweise angepasst werden.

- **Weiterentwicklung der Förderung:** Eine Weiterentwicklung des Förderprogramms ist angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen angebracht. Um ein Abreißen des Marktaufwuchses oder vorgezogene Nachfragepeaks zu vermeiden, sollten Förderkonditionen nur graduell und unter langfristiger Ankündigung geändert werden. Konkret schlagen wir vor:
  - a. Jährliche Absenkung der Förderung um 2,5 Prozentpunkte auf einem transparenten, planbaren Zeitpfad; bevorzugt durch Anpassung des Klimageschwindigkeits- oder Effizienzbonus.
  - b. Die Grundförderung sollte bis auf weiteres auf dem aktuellen Niveau erhalten bleiben. Da sie unabhängig von der Selbstnutzung gewährt wird, kommt sie auch vermietetem Wohnraum (und somit über die Modernisierungsumlage auch Mietenden) zugute.
  - c. Auch der Einkommensbonus sollte grundsätzlich in der bisherigen Höhe (30%) fortgeführt werden.

Eine stärkere Absenkung der Förderung wäre nur in Abhängigkeit von der Entwicklung staatlicher Strompreis-Bestandteile (insb. Stromsteuer und Netzentgelte) und der CO<sub>2</sub>-Abgabe möglich, ohne die Nachfrage nach Wärmepumpen zu beeinträchtigen.

- **Festhalten am ETS2 mit Lenkungswirkung:** Mit ETS2 wird der europäische Emissionshandel jetzt erst ab 2028 auf Gebäude ausgeweitet. Den verzögerten Start sehen wir kritisch und befürchten, dass sich politisch immer wieder Gründe finden lassen, den ETS2 Start zu verzögern oder seine Lenkungswirkung abzuschwächen. Wirkliche Planungssicherheit und Bezahlbarkeit bei der Energiewende gibt es aber nur *mit* einem ETS2, der fossiles Heizen und Fahren immer teurer werden lässt. Wir sehen im ETS2 das effizienteste und gerechteste Mittel für Klimaschutz und erachten ihn als kleinsten gemeinsamen Nenner über Partei und Ländergrenzen hinweg, an dem zwingend festgehalten werden muss.
- **Absenkung der Stromsteuer:** Die Stromsteuer muss auf das europäische Minimum sinken. Strom ist in Deutschland so teuer wie in kaum einem anderen EU-Land. Die Elektrifizierung im Verkehrs- und Gebäudesektor kann nur unter fairen Rahmenbedingungen gelingen. Der Koalitionsvertrag sollte auch an dieser Stelle aus sozialpolitischen Gründen eingehalten werden.